

Vierteljährlicher Abonnementspreis
in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto
2 Thaler 11/4 Sgr. Infectionsgebühr für den
Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitschrift
1 1/4 Sgr.

Expedition: Herrenstraße N. 20.
Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten
Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal
erscheint.

Breslauer



Zeitung.

Mittagsblatt.

Mittwoch den 11. März 1857.

Nr. 118.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Paris, 10. März, Nachmittags 3 Uhr. Anfangs durch englische
Kaufaufträge höher, dann matt. Wertpapiere belebt. Schluss-Course:
3pSt. Rente 71, 15. 4 1/2 pSt. Rente 92, 25. Credit-Mobilier-Aktien
1420. 3pSt. Spanier 38. 1pSt. Spanier 24 1/2. Silber-Anleihe —
Deferr. Staats-Eisenbahn-Aktien 793. Lombard. Eisenbahn-Aktien 660.
Franz-Joseph 526.
London, 10. März, Nachm. 3 Uhr. Consols 93 1/2. 1pSt. Spanier 24 1/2.
Merikaner 22 1/2. Sardinier 90 1/2. 5pSt. Russen 107 1/2. 4 1/2 pSt. Russen
98 1/2. Hamburg 3 Monat 13 Mk. 7 1/2 Sh. Wien 10 Fl. 26 Kr.
Wien, 10. März, Mittags 12 1/2 Uhr. Geringes Geschäft. Der Aus-
weis der Einnahme der Nordbahn ergibt für den Monat Februar 678,000 fl.
Silber-Anleihe 92. 5pSt. Metalliques 83 1/2. 4 1/2 pSt. Metalliques
74 1/2. Bank-Aktien 1037. Bank-Inter.-Scheine —. Nordbahn 241.
1854er Loose 110. National-Anleihe 86. Staats-Eisenbahn-Aktien 238.
Credit-Aktien 288. London 10, 08. Hamburg 76 1/2. Paris 120 1/2.
Gold 7. Silber 3 1/2. Elisabethbahn 103 1/2. Lombard. Eisenbahn 127.
Eisenbahn 102 1/2. Centralbahn —.
Frankfurt a. M., 10. März, Nachmittags 2 Uhr. Desterreichische
Credit-Aktien etwas flauer, Bankaktien begehrter. Verbacher höher, sonst
wenig Veränderung. Schluss-Course:
Wiener Wechsel 115 1/2. 5pSt. Metalliques 81 1/2. 4 1/2 pSt. Metalliques
71 1/2. 1854er Loose 105 1/2. Deferr. National-Anleihe 82 1/2. Deferr.
Franzöf. Staats-Eisenbahn-Aktien 286. Deferr. Bank-Antheile 1195.
Deferr. Credit-Aktien 198 1/2. Deferr. Elisabethbahn 203 1/2. Rhein-Nahe
Bahn 91 1/2.
Hamburg, 10. März, Nachm. 2 1/2 Uhr. Börse matt bei geringem
Geschäft. Schluss-Course:
Deferr. Loose —. Desterreich. Credit-Aktien 147 1/2. Desterreichische
Eisenbahn-Aktien —. Vereinsbank 99 1/2. Norddeutsche Bank 96 1/2. Wien —.
Hamburg, 10. März. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen
unverändert. Gerste gut preisgehalten. Del loco 32, pr. Frühjahr 32 1/2,
pro Herbst 30 1/2. Kaffee 1/8 — 1/4 höher; wenig Angebote. Zint 5000 Ctr.
pr. Frühjahr 19 1/2.
Liverpool, 9. März. [Baumwolle.] 7000 Ballen Umsatz. Preise
unverändert, aber fest.

Telegraphische Nachricht.

London, 10. März, Morgens. In der heute Nacht stattgehabten
Sitzung des Unterhauses zeigte der Sprecher unter allgemeiner Theilnahme
seiner Resignation an. Disraeli griff die Regierung wegen des mit Persien
abgeschlossenen Friedens an und warf ihr vor, sie suche überall Streit, wo-
durch viel Geld vergeudet werde. Palmerston bemerkte, daß das freundschaftliche
Vernehmen, in welchem England sich mit allen Mächten Europas
und Amerika befinde, gegen Disraeli's Behauptungen beweis. — Hierauf
kam die Bill wegen der Einkommensteuer ohne Opposition zur zweiten Lesung.
Die Regierung forderte nur auf vier Monate die Bewilligung der Gelder
für die Flotte.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

Herrenhaus. 13. Sitzung am 10. März.
Am Ministertische: v. Manteuffel I., Simon, v. Manteuffel II.
und ein Regierungs-Kommissarius.
Präsident Prinz zu Hohenlohe eröffnet die Sitzung um 1 1/4 Uhr mit
Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten.
Einzigen Gegenstand der Tagesordnung bildet ein Kommissions-Bericht
über den Antrag des Grafen v. Zdenpliz, vom 6. Februar d. J., auf Ab-
wendung der Verschuldung und Verschuldung des in Gebirg kommenden
ländlichen Grundeigenthums in den östlichen Provinzen, und über den An-
trag des Grafen Beißel-Gymnich, vom 19. Februar d. J., wegen Aus-
dehnung dieses Antrages auf alle Provinzen der Monarchie.
Schon in der vorjährigen Sitzungs-Periode hat Graf Zdenpliz einen,
dem vorbemerkten ähnlichen, Antrag gestellt, und die mit der Vorberatung
desselben betraute Kommission empfahl damals dem Hause wörtlich die Fas-
sung des Antrages zur Annahme, welche der Antragsteller vorliegend repro-
ducirt hat. Das Herrenhaus beschloß: Das im Kommissions-Berichte zu-
sammengestellte Material an die Staats-Regierung mit der dringenden
Empfehlung abzugeben, auf dasselbe bei Ausarbeitung der im Berichte bean-
tragten Gesetz-Entwürfe Rücksicht zu nehmen.
Auf diesen Vorschlag und den von Neuem gestellten Antrag gestützt, sei
es nun der Kommission wünschenswerth gewesen, von der Staats-Regierung
über ihr Verhalten zur Sache Auskunft zu erhalten. Diefelbe habe durch
ihre Vertreter erklärt: daß sie den wichtigen Gegenstand in reichlicher Erwä-
gung genommen und sorgfältige Ermittlungen veranlaßt habe, deren Er-
gebnis noch nicht zu übersehen und daher ein weiteres Vorgehen noch nicht
möglich gewesen sei.
Die Kommission habe in dieser Erklärung nicht genügende Befriedigung
finden können, und in der Erkenntnis, daß das Umfassen der Schäden
trägt dieselbe, unter Hinweis auf den vorjährigen erschöpfenden Bericht über
den vorliegenden Gegenstand, bei dem Herrenhause darauf an, folgende Reso-
lution zum Beschluß zu erheben: Das Herrenhaus hält an dem, in der letz-
ten Sitzungsperiode gefaßten, in dem Antrage des Grafen von Zdenpliz
niedergelegten Beschlüssen fest, und erachtet die Egl. Staats-Regierung, dieser
wichtigen Angelegenheit in den, die Legislation vorbereitenden, Stadien die mög-
lichste Förderung, im Sinne der gefaßten Beschlüsse, anzudeuten zu lassen.
Betreffend den Antrag des Grafen Beißel v. Gymnich, wurde in der
Kommission hervorgehoben, daß die Sache in der Provinz Westfalen anders
liege, als in der Rheinprovinz, und daß für erstere durch das Gesetz vom
4. Juni v. J. bereits geschehen sei, was der Antrag Zdenpliz bezweckt; nur
hinsichtlich der Intestat-Succession in Landgütern bedürfe es hier weiterer
Anordnungen.
Eine bedenklichere Gestalt habe die Parzellierung des Grundeigenthums
in der Rheinprovinz genommen, woselbst 19,279,671 Morgen 12,433,517 Par-
zellen bildeten. Die Kommission empfahl daher dem Herrenhause, die Egl.
Staats-Regierung zu ersuchen: in Beziehung auf die Provinz Westfalen das
Gesetz vom 4. Juni 1856 auch hinsichtlich der Intestat-Succession, im Sinne
des Antrages des Grafen v. Zdenpliz, jedoch mit besonderer Berücksichti-
gung der in der Provinz bestehenden, ephemerischen Güterrechte, weiter auszu-
bauen; imgleichen für die Rheinprovinz die Grundfälle des Antrages in einem,
dem Provinzial-Landtage vorzuliegenden, besonderen Gesetze zur Ausführung
zu bringen, und damit das, bereits vom Provinzial-Landtage erbetene, Gesetz,
wegen Zusammenlegung von Grundstücken, zu verbinden.
Nachdem Herr v. Plösz dieses Wesentliche aus dem Berichte hervorge-
hoben, ergreift zur allgemeinen Debatte das Wort Graf v. Zdenpliz. Derselbe
hat größere Hoffnung auf die Erfüllung seines Antrages, weil die
Ueberzeugung von den besprochenen Uebelständen eine allgemeinere und festere
geworden sei. Dennoch ergebe sich aus dem Berichte, daß die Staats-Regie-
rung nur eine wenig befriedigende Mittheilung über den Gegenstand in der
Kommission zu geben vermochte. Das aber stehe dem Redner fest, daß, wie
in Sachen der Fideikommiss, so auch in der vorliegenden Angelegenheit man
zu einem guten Ziele gelangen werde, wenn man die Erreichung desselben

nicht aus dem Auge lasse. Es handle sich hier besonders darum, die Ursache
der Parzellierung abzuschneiden, die in der Verschuldung der Besitzer bestehe,
die eben mit der zunehmenden Parzellierung nur immer allgemeiner werden
musste. Nachdem der Redner einige statistische Nachweise über maßlose Theil-
barkeit des Grund und Bodens gegeben, hebt er hervor, daß das freie Ver-
fügungsrecht über das Eigenthum nicht leichtlich verkürzt, sondern daß es
nur in soweit bemessen werden solle, als zu seiner, von der Nationalökonomie
gebotenen Erhaltung und zur Erhaltung der Familie nöthig sei. Die hierzu
erforderlichen gesetzlichen Entwürfe könnten, ohne vorherige Anhörung der
Landtage, denen nachträglich besondere Bestimmungen überlassen bleiben, von
der Staatsregierung vorbereitet werden, und darauf hin durch Beschluß des
Hauses zu wirken, sei wünschenswert.

Herr v. Daniels spricht kurz von verschiedenen Rechten, die bei Gesetz-
bestimmungen, wie die beantragten, zu berücksichtigen seien.

Herr Stupp bedauert es, daß die Bauern der östlichen Provinzen nicht
befähigt seien, in ihren wichtigsten Angelegenheiten Urtheil zu haben, findet
sich aber veranlaßt, dagegen zu protestiren, daß das Recht, das man den
Provinzial-Landtagen der westlichen Provinzen zu gewähren für gut halte,
man den östlichen verweigern wolle.

Graf v. Zdenpliz bemerkt thatsächlich, daß er vom Vorredner mißver-
standen sein müsse.

Graf Arnim hält es nicht für überflüssig, daß nach dem hervorgetre-
ten Gegenfasse auch ein Dritter das Wort nehme. Zunächst handle es sich
nur um die Vorlage eines Gesetzentwurfes, das in seiner Allgemeinheit ein
Bedürfnis sei, dessen besondere und provinzielle Bestimmungen aber den Pro-
vinzial-Vertretungen gar nicht entzogen werden sollten. Diese Thatfache
stelle sich namentlich und unzweifelhaft für die östlichen Provinzen heraus,
und dies Verhalten stimme auch vollständig mit der Verfassung überein.
Eine allgemeine Frage, die auch das Landrecht behandle, erfordere nicht die
Vorbereitung durch den Provinzial-Landtag. Es werde also durch den An-
trag weder den Rechten eines Provinzial-Landtags, noch dem vierten Stande
entgegengetreten.

Zufüßminister: Es könne wohl nicht verkannt werden, daß die Re-
gierung das Grundeigenthum conserviren wolle. Den Umfang der Anträge
betreffend, müsse bemerkt werden, daß es viel leichter sei, allgemeine Bestim-
mungen aufzustellen, als die spezielleren, die, bei näherem Eingange auf die-
selben, in ihrem weiten Umfange sich kaum übersehen ließen. Zum ersten-
mal werde nun der Staatsregierung die Forderung gestellt, in Stelle vieler
verschiedener bestehender Rechte, ein allgemeines Gesetz vorzulegen, und eine
solche Forderung in der beliebigen Bestimmtheit drücke nicht weniger, als ein
Eritorium aus. Die Regierung könne aber einen so bestimmten und spe-
ziellen Hinweis auf ihr Verhalten in der Gesetzgebung nicht zugeben, so sehr
sie die Wichtigkeit des Antrages anerkenne und ihm ferner ihre Aufmerksamkeit
schenken werde.

Herr Brüggemann kann nicht für den Antrag stimmen, und zwar aus
demselben Grunde, der ihn schon in voriger Session gegen denselben
Antrag geleitet und der in seinen speziellen Bestimmungen enthalten sei;
diesmal aber noch durch die Ausdehnung auf die Rheinprovinz verstärkt werde.

Nach einigen thatsächlichen Berichtigungen bemerkt der Zufüß-Mini-
ster, daß nach der Verfassung es wohl keinem Zweifel unterliegen könne,
welche legislatorische Maßnahmen den Provinziallandtagen zu unterbreiten
seien und welche nicht.

Es folgen wieder thatsächliche Berichtigungen, worauf Graf v. York
dem Antrage deshalb nicht seine Zustimmung geben zu können erklärt, weil
er nicht das Bedürfnis eines Gesetzes, wie das beantragte, für die Provinz
anerkennen könne, der er angehöre, eine Regulierung des Erbrechtes für den
Bauern aber, wie sie beantragt sei, noch weniger, als Bedürfnis anerkannt
werden könne. Auch stehe in Aussicht, daß eine gesetzliche Bestimmung nach
dem Antrage, die Parzellierung eher unterstützen, als erschweren werde.

In der folgenden Abstimmung wird der Kommissions-Antrag zu dem An-
trage des Grafen v. Zdenpliz vom Hause angenommen, worauf die Dis-
kussion auf den Antrag des Grafen Beißel v. Gymnich übergeht.

Nachdem die Grafen v. Merveldt, v. Kiekmannsegg und Herr
v. Daniels für einen Verbesserung-Antrag des Grafen Beißel v. Gym-
nich, der nur eine bessere Redaction des Kommissions-Antrages enthält, und
Herr v. Düesberg und Graf v. Zdenpliz bezüglich eines Gesetzes nach
dem Antrage, über die Schwierigkeit seiner Ausführung für die westlichen
Provinzen, sich kurz geäußert, wird in der folgenden Abstimmung der Kom-
missions-Antrag, betreffend die Provinz Westfalen mit dem eingebrachten
Verbesserungs-Antrage, angenommen.

Der Kommissions-Antrag, betreffend die Rheinprovinz, giebt Hr. Stupp
(Rhein) Veranlassung, Namens der Provinz gegen ein Gesetz nach dem Kom-
missions-Antrage zu protestiren. Gründe glaube er in der vorgerückten
Stunde wegen um so weniger anzuhören zu dürfen, als in diesem Hause es
schon oft vorgekommen, daß von den Vertretern der Rheinprovinz gespro-
chene Worte an den Wänden verhallen, wie eine Stimme in der Wüste.
Was das beantragte Gesetz aber betreffe, so könne er seinen Wunsch nur da-
mit ausdrücken: liberia nos ab hoc malo.

Die Herren Laus, Hammers, Graf Fürstenberg, und Dandereff
schließen sich wesentlich der Erklärung des vorigen Redners an, worauf noch
eine Menge thatsächlicher Berichtigungen folgen, die der

Zufüß-Minister damit schließt, daß er den Kommissions-Antrag
nur so auffasse, daß mit ihm der Regierung sein Inhalt zur Erwägung
empfohlen werde.

In der folgenden Abstimmung wird der Kommissions-Antrag angenom-
men, darauf die Sitzung um 4 1/4 Uhr geschlossen und die nächste Sitzung
auf Freitag 13. März anberaumt.

△ Berlin, 10. März. Einer allerhöchsten Genehmigung vom
29. Januar d. J. zufolge dürfen die civilversorgungsberechtig-
ten Unteroffiziere, welche zur Probendienleistung bei der Chauffee-
bauverwaltung kommandirt sind, das amtliche Brustschild der Civilstelle
auf der Militär-Uniform tragen.

Berlin, 10. März. Die „Zeit“ veröffentlicht die durch Herrn
v. Bülow hier überreichte dänische Note vom 23. Februar. Diefelbe
ist mit der, ihrem Inhalte nach bereits mitgetheilten, dem Wiener Hofe über-
gebenen durchweg im Gehaltengange und zum Theil selbst im Wort-
laut identisch. Wir begnügen uns daher, folgende die Domäne-
frage betreffende Stelle wiederzugeben:

„Die königliche Regierung kann nicht in Zweifel ziehen, daß es unter
dieser Voraussetzung gelingen werde, auch die Bedenken zu beseitigen, welche
man annoch mit Rücksicht auf die holsteinische und lauenburgische Domänen-
frage hegen möchte. Die königliche Regierung ist sich bewußt, in dieser Gan-
frage keinen Schritt gethan zu haben, zu dem sie sich nicht
völlig berechtigt, und dabei im Interesse des Ganzen entschieden aufgefor-
dert gehalten hatte: in welcher Beziehung dieselbe lediglich auf die in dem
früheren Memorandum mitgetheilten Aufklärungen, und auf die in der 2ten
Beilage zu der angeschlossenen Denkschrift enthaltene erneuerte Entwicklung
der Rechtsfrage verweisen zu können glaubt. Gleichzeitig hat die Regierung,
ihre Bereitwilligkeit an den Tag gelegt, Maßregeln in Vorschlag zu bringen,
welche nach deren Ueberzeugung jedes Bedenken hinsichtlich der in der Ge-
sammtstaatsverfassung über den Verlauf der Domänen enthaltenen Bestim-
mung zu beseitigen geeignet sein würden. Die Regierung wird sich hierzu
auch fernerhin geneigt finden lassen, wenn selbige zu der Ueberzeugung ge-

langen möchte, daß ein solcher Schritt nach seiner Absicht gewürdigt werden
würde; zugleich ist sie bereitwillig, wenn sich namentlich mit Rücksicht auf
die im Herzogthum Holstein fallenden Domänen-Einnahmen ein anderer
zur Erreichung des Zweckes mehr geeigneter Weg darbieten möchte, auch auf
andere Weise zur Beseitigung selbst solcher Bedenken, welche sie als begrün-
det nicht anerkennen kann, das Ihrige beizutragen. Aber man wird gerecht-
fertigt es würdigen müssen, wenn die königliche Regierung der altherge-
brachten Real-Union zwischen Dänemark und den Herzogthü-
mern Holstein und Lauenburg, so wenig wie der bestehenden, in voller
Wirksamkeit sich befindenden, und selbst von dem nächsten präsumtiven
Thronfolger beidigen Verfassung in dieser Beziehung zuwider zu handeln
nicht vermag.“

Aus Berlin ist dem „Nord“ ein Auszug aus der Depesche zuge-
gangen, welche die dänische Regierung am 18. Februar an ihre dip-
lomatischen Agenten in Paris, London, Petersburg, Stockholm u. s. w.
gerichtet hat. Diefelbe erörtert zuerst die bisherigen Verhandlungen
mit dem preussischen und österreichischen Kabinete. Sie hebt hervor,
daß deren Vorstellungen in neuester Zeit besonders die dänische Ge-
sammtverfassung betreffen; damit verlasse die Frage das engere
Terrain des deutschen Bundes und werde eine europäische. Ueberdies
behaupte das berliner Kabinet, daß die unter dem Scepter des Königs
von Dänemark stehenden Länder früher nur durch eine Personal-
Union verbunden gewesen seien, während die dänische Regierung diese
Verbindung im Hinblick auf die traditionellen Grundlagen der Mo-
narchie als eine Real-Union betrachte. Die Depesche kommt dann
auf den Charakter der Verhandlungen, die in den Jahren 1851 und
1852 zwischen Dänemark und den beiden deutschen Kabinetten statt-
fanden; es möchten wohl einige Punkte damals nicht klar und scharf
genug gefaßt worden sein, aber jede Redaction weise Mängel dieser
Art auf. Die Gesamtverfassung sei so korrekt zu Stande gekom-
men, wie andere Konstitutionen, und es lasse sich ihre Rechtsbeständig-
keit nicht ansprechen. Ueberdies hätten die deutschen Kabinete ihre Ein-
wände nicht rechtzeitig angebracht, sondern kämen damit erst nachträglich,
wo Alles bereits thatsächlich geworden sei, und Aenderungen den
dänischen Staat in die heillosste Verwirrung stürzen müßten. Die
Regierung des Königs, heißt es dann weiter, achtet die Meinungen
der deutschen Regierungen, sie bestreitet keineswegs die Aufrichtigkeit
ihrer Rathschläge und Absichten, aber es ist ihr unmöglich, die Ansicht
zu theilen, daß die Vorlegung der gemeinschaftlichen Verfassung vor
den Ständen der Herzogthümer ohne Gefahr geschehen könne; im Ge-
genheit würden sich daraus so schwere Gefahren ergeben, daß es abso-
lute Pflicht des k. Kabinettes ist, das Land niemals in die Lage zu brin-
gen, diese Gefahr bestehen zu müssen. Die gestellten Forderungen über-
schreiten weit die der Kompetenz des deutschen Bundes gezogenen Gren-
zen, da derselbe rechtlich keinen Einfluß auf den gesetzmäßigen Bestand
der allen Theilen der dänischen Monarchie gemeinschaftlichen Verfassung
auszuüben hat. Es handle sich hier um nicht deutsche Verhältnisse,
für welche die deutschen Bundesgesetze nicht maßgebend sind. Schließ-
lich ist und bleibt die dänische Regierung der Hoffnung, daß man sich
in Berlin und in Wien von der Aufrichtigkeit der dänischen Regierung
und der Unmöglichkeit, ihren Rathschlägen Gehör zu geben, überzeugen
werde; das Fernwünsche werde durch die nachgiebigen Neigungen des
wieners und des berliner Kabinetes gütlich beigelegt werden, und das
kopenhagener Kabinet wolle diese Neigungen selbst jetzt nicht in Zweifel
ziehen, wo die letzten Schritte derselben ihm ernstliche Verlegenheiten
bereiten hätten. Leider sei die Streitfrage nicht mehr auf die Kabinete
beschränkt; die deutsche Presse und die öffentliche Meinung hätten sich
der Sache bemächtigt, und dies sei Grund, weshalb das kopenhagener
Kabinet zu den guten Diensten der anderen verbündeten Mächte des
Königs seine Zuflucht nehme, um bei den Kabinetten von Wien und
Berlin mitzuwirken, daß die Angelegenheit ausgeglichen werde, die keine
Bundesangelegenheit sei und welche die Existenz der dänischen Monarchie schwer
bedrohe.

Berlin, 9. März. Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen
wird, wie wir hören, höchstlich schon heute über Weimar nach Kob-
lenz begeben.

Das Garde-Reserve-Infanterie-Regiment rückte heute Morgen
8 Uhr zu einer Marsch- und Gefechts-Uebung in die Gegend zwischen
Charlottenburg und Wilmersdorf aus und kehrte Nachmittags hierher
zurück. Wie wir hören, wohnte Se. königl. Hoheit der Prinz Friedrich
Karl von Preußen dieser Uebung als Commandeur der 1. Garde-
Division bei.

Bei dem Finanz-Minister Freiherrn v. Bodelschwingh fand ge-
stern wieder ein parlamentarisches Diner statt, zu welchem Mitglieder
beider Häuser des Landtages geladen waren.

Unter den augenblicklich hier anwesenden Fremden befinden sich
Zochmus-Pascha (ehemals Reichs-Marine-Minister) von Hamburg, und
der tapfere Führer der Russen bei Getate, General-Major v. Baum-
garth. — Der bekannte Literat Held, eine Zeit lang „Haupt-Mit-
arbeiter“ eines hiesigen Theater-Agenten-Blattes, hat Berlin wieder
verlassen. (N. Pr. 3.)

Stettin, 7. März. Auf Befehl des General-Superintendenten
Dr. Jaspis darf hier die Graun'sche Passion „der Tod Jesu“
nicht mehr, wie dies seit Friedrichs des Großen Zeit in Preußen üblich
war, am Charfreitage aufgeführt werden. (Stett. 3.)

Magdeburg, 9. März. [Militärisches.] Der neu er-
nannte Kommandant unserer Festung, Prinz Waldemar von Schles-
wig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg Durchlaucht, ist vorgestern von
Berlin hier eingetroffen und hat gestern bereits die Geschäfte der Kom-
mandantur übernommen. Se. Durchlaucht hat zunächst im Hotel zum
Erzherzog Stephan Wohnung genommen. (M. G.)

Frankreich.

Paris, 8. März. Die gestrige Konferenzung in der neuen-
burger Angelegenheit dauerte von 6 bis halb 8 Uhr. So viel in
die Deffentlichkeit gedrungen ist, hatten die Bevollmächtigten der vier
Mächte, welche in der ersten Sitzung anwesend waren, sich über ge-

wisse Grundlinien verständigt, auf denen die Verhandlungen einzuleiten seien. Als Ausgangspunkt wurde die künftige Unabhängigkeit Neuenburgs angenommen; zur Begründung des Unterschiedes, der in dieser Beziehung der Grundlage des Londoner Protokolls gegenüber hervortritt, wies man auf die Erklärungen Preußens in den letzten Depeschen hin, welche an der Bereitwilligkeit, unter angemessenen Bedingungen auf die Souveränitätsrechte zu verzichten, nicht zweifeln ließen. Es wurde hervorgehoben, daß hiernach die Konferenz der Würde der preussischen Krone in keiner Weise zu nahe trete, wenn sie diese veränderte Grundlage sich aneigne. Nachdem dies Ergebnis dem Grafen Hatzfeld mitgeteilt war, hat derselbe in der gestrigen Sitzung die preussischen Vorschläge entwickelt; es verlaute noch nicht, inwieweit dieselben auf die Intentionen der übrigen Mächte eingingen. Nach dem Schluß der Sitzung dirirten die Bevollmächtigten bei dem Grafen Walewski. — Nach dem „Constitutionnel“ wird Feruk Khan bis zum Beginn des Sommers in Frankreich verweilen. Im Mai wird er sich zur Auswechslung der Ratifikationen des Friedensvertrages, die auf den 15. angelegt ist, nach London begeben. Unter den Staaten, mit denen er inzwischen Unterhandlungen über einen Handelsvertrag angeknüpft hat, wird Belgien genannt. — Fürst Danilo wohnt mit seiner Gemahlin und einem Gefolge von vier Personen im Hotel du Louvre. Er scheint etwa 35 Jahre alt zu sein, ist klein, schwächling und von braunem Teint. Er trägt die nationale Fustanella und rothe Stiefel mit goldenen Sporen. Der weite Mantel von rothem Sammt ist reich mit Gold geflickt. Seine junge Gattin ist nach europäischer Mode gekleidet. Die Offiziere, die den Fürsten begleiten, sind hochgewachsene Leute, denen die malerische Nationaltracht sehr gut steht; ihr Gürtel ist ganz mit Waffen besetzt. (N. 3.)

Spanien.

Madrid, 4. März. Das Hauptaugenmerk des Hofes, des Ministeriums und der Parteien ist auf die bevorstehenden Wahlen der Cortes gerichtet. Die Behörden haben bestimmte Weisungen und hinreichenden Einfluß, um eine „brauchbare“ Kammer zusammenzubringen. Es ist eine eigene Erscheinung, daß die Moderados der verschiedensten Nuancen in der Presse über Unrecht schreiben, weil die Regierung ihnen gegenüber in die Schranken tritt, während sie dies in Bezug auf die anderen Parteien ganz natürlich findet. Die Demofraten wollen diesmal nicht nur nicht wählen, sondern auch nicht gewählt werden, — eine Haltung, die sie bisher noch unter keinem Regime beobachtet haben. — Die Regierung hat heute eine sehr wichtige telegraphische Depesche aus London erhalten, welcher zufolge Mexiko die von Spanien verlangte Genugthuung verweigert, der spanische Geschäftsträger Sorela sich bereits nach Cuba zurückgezogen hat und spanische Schiffe vor Vera Cruz gerückt sind, um den Hafen zu blockieren und die Stadt gebotenen Falls zu bombardieren. Der General Concha bereitet sich zum Abmarsch vor. Nach einer Depesche aus Madrid vom 7. März war Herr Mon melbet, daß die Provinzial-Militien in ihre Heimath zurückkehren werden, sobald die Rekruten der nächsten Aushebungen in Dienstthätigkeit getreten sind. (R. 3.)

Italien.

Rom, 2. März. Die Verhandlungen über das württembergische Konkordat schienen mit dem Beginne des neuen Jahres ihrem Endabschlusse so nahe gerückt zu sein, daß man mit ziemlicher Gewißheit bestimmen zu können meinte, wenn der württembergische Bevollmächtigte, v. D. W., seine Rückreise von hier nach Stuttgart würde antreten können. Da man es jedoch mit der Einzelausführung des beiderseits gutgeheißenen Entwurfes im Vatican sehr genau nimmt und Cardinal Reisach in dieser Beziehung noch lebhafte sehr bestimmte Vorbehalte erhebt, die königliche Regierung aber andererseits bei aller Nachgiebigkeit doch den Grundfatz streng durchgeführt wissen will, daß den auf dem Gebiete der Kirche wie des Staates gegenwärtig in Württemberg bestehenden Rechtszuständen billige Rechnung getragen werde, so wird wieder mehr gesprochen und geschrieben, als abgeschlossen. Dessen ungeachtet wird man sich verständigen. Vorgestern sandte Herr v. D. W. den bei seiner Mission bisher als Sekretär fungierenden Herrn Rungler mit einer ausführlichen Darlegung des Standes dieser für die nächste Zukunft der katholischen Kirche Württembergs so wichtigen Angelegenheit nach Stuttgart. — Man nimmt es hier sehr streng mit den deutschen Blättern, welche jetzt, nachdem die Inder-Kongregation Glinthers Werke prohibirt, Verteidigungs- oder Rechtfertigungs-Artikel seiner Lehre bringen. Zwei Nummern der „Allgemeinen Zeitung“ wurden deshalb nach einander von der Post-Polizei vernichtet. (R. 3.)

Osmanisches Reich.

Die Post aus Konstantinopel vom 27. Februar bringt Näheres, obwohl keinesweges Bestimmteres, über die 3000 Russen, die in Tabris und Teheran mit Enthusiasmus empfangen worden sein sollen. Wir haben wiederholt auf die Unzuverlässigkeit und Verwirrung der türkischen Berichte über asiatische Angelegenheiten hingedeutet. Uebrigens wurde die Intervention der Russen in Konstantinopel so wenig bezweifelt, daß die betreffende Korrespondenz der „Trierer Zeitung“ mit den Worten schließt: „Wenn diese Nachricht, wie man nicht zweifelt, sich bestätigt, so ist der Krieg zwischen Rußland und England eine Thatsache, und die Verwickelungen nehmen einen immer ernstern und bedrohlicheren Charakter an.“ Der „Nord“ verhält sich bis jetzt noch immer schweigend über diese auffallende Nachricht; dagegen will das „Days“ wissen, daß Feruk Khan bis zum Sommer in Paris bleiben, Handelsverträge mit europäischen Ländern abschließen und gegen den 15. Mai zum Austausch der Friedens-Ratifikationen nach London gehen werde. Nach dem „Moniteur de la Flotte“ sind die gehässigen Befehle, welche der Hof von Peking an die verschiedenen Orte gesandt hat, nicht überall, aber doch auf vielen Punkten ausgeführt worden. Einige Mandarinen haben diesem Journal zufolge Erlasse mit den grausamsten Bestimmungen veröffentlicht. So der Gouverneur von Whampoa, dessen Proklamation folgendermaßen lautet: Die infamen Fremden haben gewagt, die Fahne der Revolte gegen die erhabene und ehrwürdige Autorität des Kaisers zu erheben; sie haben die Stadt Kanton angegriffen, um sie den Flammen Preis zu geben; aber sie haben schon die verdiente Strafe erhalten, denn unsere unbeflegbaren Truppen haben sie zurückgeworfen und eine große Anzahl derselben getödtet. Möge man sie auf allen Punkten des Landes bekämpfen. Möge jeder Bewohner von China, der einem Engländer begegnet, ihm das verdiente Loos zu Theil werden lassen. Unsere unzähligen Flotten, unsere großen, von der ganzen Erde gedrückten Armeen rücken schon heran, um sie zu verjagen. Jedermann muß sich ihnen anschließen, Jedermann muß an dem Kriege Theil nehmen und die Fremden lehren, zu zittern vor dem Willen und dem Zorne unseres Herrschers, dessen Blicke glänzend sind, wie die Strahlen der Sonne, und dessen Macht unermesslich ist. Derjenige, welcher nicht diesen Befehlen gemäß handelt, wird als Verräther betrachtet und muß sich auf eine eben so schnelle, als schreckliche Strafe gefaßt machen. Ihr Vernehmst es! Gehorcht!

Gegeben zu Whampoa am neunten Tage des zwölften Mondes. Der Mandarin und Gouverneur, Schyn-Zoo. Nach der Veröffentlichung dieser Proklamation, die, wie der „Mo-

niteur de la Flotte“ sagt, eine der am wenigsten heftigen ist, reisten die in der genannten Stadt sich befindenden Europäer sofort ab, und die europäischen Schiffe im Hafen suchten das Weite. Whampoa ist keiner der fünf den Europäern geöffneten Häfen. Es liegt 12 englische Meilen von Kanton entfernt. Viele Schiffe legen aber dort an, um Wasser einzunehmen. (R. 3.)

Breslau, 11. März. [Polizeiliches.] Gestohlen wurden: Albrechts-Straße Nr. 24 eine geflickte Reifstafel in achtziger Musterform und ein Teppich, hellgrauer Grund mit Becca-Muster und Füllhörnern; ein 7/8 Pfd. schwerer Schinken, ein Stück Butter, 1/2 Meße Erbsen und ein weißer, flacher Teller mit einigen Stückchen Fleisch; aus dem Hausfuß der Hauptwache ein Janitscharen-Becken im Werthe von 20 Thlr.; polizeilich mit Beschlage belegt ein Päckchen schwarze Käse in der Werthe von 9-10 Sgr. Gefunden wurden: 2 Stück neue buntseidene Taschentücher; eine blaue Schürze; zwei Schlüssel. — Verloren wurde: eine silberne Taschenuhr mit Wecker.

[Wasserleiche.] Am 8. d. M. wurde in der Oder, unfern der sogenannten Gröschelbrücke, der Leichnam eines ungekannten, 40-50 Jahr alten, Mannes von mittlerer Statur, braunen mit grau untermischten Haaren und einer kleinen verwachsenen Narbe auf der Nase, aufgefunden. Bekleidet war derselbe mit einem braunen Duffel-Leberzieher mit karriertem wollenen Futter, schwarzen gegitterten Buchsen, weißer Pargent-Unterjack, Pargent-Unterhosen, schwarz- und weißgestreiftem wollenen Schawl, schwarzseidener Weste, blau- und rothgestreiftem seidnen Halstuch, weißem Vorhemdchen, ge. R. R., weißem Hemde, ge. R. R., 2 Paar Strümpfen, 1 Paar blau, das andere roth, letzteres ge. R. R., und neuen Halbstiefeln, außerdem trug der Verunglückte einen Schlüssel und einen Kamm bei sich.

Angelommen: Sr. Durchlaucht Prinz Emil v. Wittgenstein. (Pol.-Bl.)

Ämtliche Verordnungen, Bekanntmachungen.

Die Nr. 58 des Pr. St.-Anz. bringt: Eine Ministerial-Erklärung vom 27. Dezember v. J., betreffend die Ueber-einkunft zwischen der königl. preussischen und kais. russischen Regierung über die Mitwirkung der Konsularbeamten beider Staaten bei Sicherstellung und Regulierung der Verlassenschaften ihrer Nationalen.

Die Nr. 59 bringt: 1) Den allerhöchsten Erlaß vom 2. Februar d. J., betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung vom 15. Mai 1836 an die Städte Simmern, Sinzig und Remagen im Regierungsbezirk Koblenz. 2) Den allerhöchsten Erlaß vom 9. Februar d. J., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde-Schaulasse von Ziegenrück über Eßbach bis zur meiningenschen Landesgrenze.

Berlin, 10. März. Obgleich die Geldverhältnisse bekanntlich sich so vorteilhaft gestaltet haben, wie man es noch vor Kurzem schwerlich erwartet hat — der Disconto stellte sich heute auf 4% — und auch die pariser Notierungen die dortige Börse wieder in steigender Bewegung erscheinen lassen, so war doch die Geschäftsthatigkeit der Börse nur sehr beschränkt, und die Course einer großen Anzahl von Effekten stellten sich wesentlich matter.

Unter den Bankpapieren trat keines durch besonders regen Umsatz oder beträchtliche Steigerung hervor, bis zuletzt Darmstädter wieder die Börse mehr zu beschäftigen angingen und auch den höheren Schlusscourse, unter den sie anfänglich und auch gegen das Ende hin mit 1/2% gewichen waren, wieder erreichten. Berechtigungscheine wurden mit 122 und 122 1/2% gehandelt. Disconto-Commandit-Antheile, für die ein um 1/2% gesteigerter Anfangsкурс angegeben wird, behaupteten sich lange Zeit und selbst begehrt auf dem gestrigen Course, waren aber schließlich wohl dazu zu haben. Oesterreichische Creditactien verkehrten wesentlich matter, und wurden meist 1/2% niedriger gehandelt; von allen übrigen hierher gehörigen Papieren gingen fast nur solche um, die zu ermäßigten Course angeboten wurden, so besonders Genfer und Leipziger. Saffyer gelangten unter dem Einfluß der Weisheit, die ihnen in kritischen Momenten zu Theil zu werden pflegt, 1/2% höher, und sollten auch zuletzt nur 1/2% höher abgelassen werden. Norddeutsche bot man 1/2% unter dem gestrigen Course, auch wohl noch billiger, aus, ohne daß sich Nehmer fanden. Thüringer dagegen, anfänglich 1/2% höher gehandelt, bezahlte man später bis 105. Von Koburgeren wurde Einiges anfänglich zum gestrigen Course um 1/2% niedriger bezahlt, später bot man 1% weniger. Für preussische Bank-Antheile wurde der gestrige Preis bewilligt.

Die schlesischen Eisenbahn-Aktien, die verbacher und die berlin-hamburger zeichneten sich durch feste Haltung vor den übrigen aus, von denen jedoch auch sonst heute mehr in Umsatz kamen, aber nur wenige nennenswerthe Besserungen ihres Coursestandes erfuhren. Gebessert haben sich die verbacher nur um 1/4%, waren aber während des größten Theiles der Börse doch nicht zu haben. Auch die berlin-hamburger stiegen bei lebhaftem Verkehr nur um 1/4%. Von den schlesischen gingen fast alle zum gestrigen Course stark um, und nur vorübergehend wurde 1% mehr bewilligt. Vor-nämlich aber waren es alte freiburger, für die man anfänglich selbst nur 1/4% weniger zugestand, die aber später sich um 1/4% über ihren Anfangsкурс hoben. Ober-schlesische wurden wieder lebhaft gehandelt und schloßen Litt. A. 1/2%, Litt. C. 1% höher, doch waren die letzteren dazu zu haben, während Litt. B. zum gestrigen Course angetragen blieb. Doppel-tarnowischer wurden theils 1/2% höher, theils noch unter dem gestrigen Course umgekehrt. Starg.-pofener bezahlte man 1% höher. Für köln-mindener erhöhte man das Gebot um 1/4%, Franzosen anfänglich noch 1/4% Thlr. höher, waren 1/2% unter diesem Course zuletzt zu haben. Mecklenburger wegen der gestern publizirten Einnahme fester und 1/2% höher bezahlt. Nordbahn mit kleinen Coursechwankungen wie gestern, schloßen etwas matter. Rastrichter wichen um 1/4%, rubrort-cresfelder waren 1/2% billiger zu haben. Für preussische Fonds war etwas stärkere Frage. Von den ausländischen Fonds waren die österreichischen etwas matter. Für polnische Schatz-Obligationen legte man 1/4 bis 1/2% mehr an, die übrigen russischen Effekten blieben unverändert. Wechsel waren mäßig belebt. Course-Erhöhungen traten ein bei Holland in beiden Sichten und lang Banco um 1/4%, bei kurz Banco 1/2%, bei London um 1/4 Sgr., bei kurz Leipzig um 1/2%, Paris wich um 1/2%, Petersburg um 1/4%. Wien war matter. Geld blieb für Augsburg und zwei Monat Leipzig. (Bank- u. S.-Z.)

Industrie-Aktien-Bericht.

Berlin, 10. März 1857. Feuer-Versicherungen: Aachen-Münchener 1470 Gl. (incl. Div.) Berlinische 400 Gl. (incl. Div.) Borussia — Colonia 1039 Gl. (incl. Div.) Elberfelder 250 etw. bez. u. Dr. (incl. Div.) Magdeburger 400 Gl. (incl. Div.) Stuttgarter National- 121 1/2 Br. (incl. Div.) Schlesische 107 Br. (incl. Div.) Leipziger incl. Div. 590 Br. Rückversicherungs-Aktien: Aachener — Kölnische 104 1/2 Br. (incl. Div.) Allgem. Eisen- und Lebensvers. 100 Br. (incl. Div.) Hagel-Versicherungs-Aktien: Berliner — (incl. Div.) Kölnische 100 Gl. (incl. Div.) Magdeburger 52 Gl. (incl. Div.) Geres 20 Br. (incl. Div.) Fluß-Versicherungen: Berlinische Land- u. Wasser- 340 Gl. (incl. Div.) Agrippina 127 1/2 Gl. (incl. Dividende.) Niederrheinische zu Wesel incl. Div. — Lebens-Versicherungs-Aktien: Berlinische 450 Gl. (incl. Div.) Concordia (in Köln) 118 Br. (incl. Div.) Magdeburger 100 1/2 Br. (incl. Div.) Dampfschiffahrts-Aktien: Rubroter 116 Br. (incl. Div.) Mühlheim. Dampf-Schlepp- — Ver. werks-Aktien: Minerva 98 Br. 97 1/2 Gl. (incl. Div.) Förder-Hütten-Berein 130 Br. Eschweiler (Concordia) 1. u. 11. 105 Gl. (incl. Div.) Gas-Aktien: Continental- (Dessau) 105 1/2 bez.

Das Geschäft war heute etwas lebhafter und wurden besonders Saffy-Credit-Aktien in großen Posten zu den notirten höheren Coursen umgekehrt. — Dagegen waren Leipziger und Genfer Credit-Aktien merklich niedriger, wieweil der Verkehr in ersteren ebenfalls von ziemlicher Bedeutung gewesen ist. — Dessauer Continental-Gas-Aktien wurden à 105 1/2% umgekehrt.

London, 9. März. Englischer Weizen war heut ziemlich still; in auswärtigen Weizen fand nur Detail-Geschäft statt; Waiz-Gerste wurde 1 s. höher bezahlt; in Hafer wenig Umsatz; Bohnen, Erbsen und Mehl still. Amsterdam, 9. März. Weizen und Roggen unverändert und sehr wenig Geschäft; Gerste preishaltend; Hafer geschäftlos; Raps pr. April 89 1/2 pr. Herbst 78 1/2.

London, 7. März. [Bankausweis.] Noten in Umlauf 18,596,730 £. (Abnahme 18,425 £.), Metallvorrath 10,343,715 £. (Abnahme 60,975 £.). Die nächste Dividende der Bank wird wahrscheinlich über 4 1/2% betragen.

Berliner Börse vom 10. März 1857.

Table with multiple columns: Fonds- und Geld-Course, Ausländische Fonds, Action-Course, Wechsel-Course, Preuss. und ausl. Bank-Anth., Wechsels-Course. Lists various financial instruments and their prices.

Berlin, 10. März. Weizen loco 48-84 Thlr. — Roggen loco 42 1/2 bis 43 1/2 Thlr., 84 Sgpd. 43 Thlr. bezahlte, März 43 1/2 Thlr. bez. bez. zahlte und Gld., 43 1/2 Thlr. Brief, Frühjahr 43 1/2 Thlr. bezahlte und Brief, 43 1/2 Thlr. Gld., Mai-Juni 44-44 1/2 Thlr. bezahlte und Brief, 44 Thlr. Gld., Juni-Juli 44 1/2-45 Thlr. bezahlte und Brief, 44 1/2 Thlr. Gld. — Rüböl, loco 16 1/2 Thlr. bezahlte, 17 Thlr. Brief, März u. März-April 16 1/2 Thlr. bezahlte, 17 Thlr. Brief, 16 1/2 Thlr. Gld., April-Mai 16 1/2 Thlr. bezahlte, Brief und Gld., September-Oktober 15 1/2 Thlr. bezahlte, 15 1/2 Thlr. Brief. — Spiritus loco ohne Faß 28 1/2-29 1/2 Thlr. bezahlte, März, März-April und April-Mai 28 1/2-29 1/2 Thlr. bezahlte, Br. und Gld., Mai-Juni 28 1/2-29 1/2 Thlr. bezahlte, 29 1/2 Thlr. Brief, 29 Thlr. Gld., Juni-Juli 29 1/2-29 1/2 Thlr. bezahlte und Brief, 29 1/2 Thlr. Gld., Juli-August 29 1/2-29 1/2 Thlr. bezahlte und Gld., 30 Thlr. Brief. Weizen behauptet. Roggen loco behauptet, Termine bei geringem Geschäft höher bezahlt, schließt fest; gel. 50 B. Rüböl etwas matter. Spiritus sehr animirt und bei lebhaftem Geschäft ferner ansehnlich gestiegen; gel. 10,000 Quart.

Stettin, 10. März. [Bericht von Großmann und Beeg.] Weizen wenig verändert, loco feiner gelber 88 1/2/89 Sgpd. 77 Thlr., 88 Sgpd. 74 1/2 Thlr., 86 Sgpd. 68-70 Thlr., 85 1/2 Sgpd. 66 1/2 Thlr., 83/84 Sgpd. 60-58 Thlr. pr. 90 Sgpd. bezahlte, auf Lieferung pr. Frühjahr 88/89 Sgpd. gelber 76 1/2 Thlr. bezahlte und Brief, desgleichen 89/90 Sgpd. gelber schlesischer 80 Thlr. Brief. — Roggen etwas matter, loco 87 Sgpd. 43 1/2-43 1/2 Thlr., 86 Sgpd. 43 1/2 Thlr., 84 Sgpd. 43 1/2 Thlr. und 82 Sgpd. 43 1/2-43 1/2 Thlr. pr. 82 Sgpd. bezahlte, auf Lieferung 82 Sgpd. pr. März 44 Thlr. Brief, pr. Frühjahr 44 1/2 Thlr. bezahlte, Brief und Gld., pr. Mai-Juni 44 1/2 Thlr. bezahlte, pr. Juni-Juli 44 1/2-44 1/2 Thlr. bezahlte, pr. Juli-August 45 Thlr. Brief, pr. August-September 44 1/2 Thlr. Brief, pr. Sept.-Okt. 43 Thlr. bezahlte und Brief. — Gerste höher bezahlt, loco pommerische pr. 75 Sgpd. 39-41 Thlr., märkische 42-42 1/2 Thlr. pr. 75 Sgpd. bezahlte, pommerische kurze Lieferung 42 Thlr. pr. 75 Sgpd. bezahlte, pr. Frühjahr 74/75 Sgpd. schlesische 44 Thlr. bezahlte, desgleichen pommerische 43 Thlr. bezahlte. — Hafer behauptet, loco 23 1/2 Thlr. Gld., 24 Thlr. Brief, pr. Frühjahr 50/52 Sgpd. 24 Thlr. Brief, 23 1/2 Thlr. Gld. — Erbsen, loco feine große Koch- 50 Thlr., kleine Koch- 44-45 1/2 Thlr. und Futtererbsen 35-39 Thlr. bezahlte, pr. Frühjahr kleine Koch- 46 Thlr. bezahlte. — Rüböl ob behauptet, loco 16 1/2 Thlr. bezahlte und Brief, pr. März 16 1/2 Thlr. Brief, 16 1/2 Thlr. Gld., pr. April-Mai 16 1/2 Thlr. bezahlte und Brief, 15 1/2 Thlr. Gld. — Weizen loco 15 1/2-15 1/2 Thlr. bezahlte, pr. März-April 15 1/2 Thlr. Brief, pr. April-Mai 15 1/2 Thlr. bezahlte und Gld. Spiritus ferner höher bezahlt und besonders loco gefragt, loco — und mit Faß 13% bezahlte und Gld., pr. März 13% bezahlte, pr. Frühjahr 13 1/2-13% bezahlte, 13% Brief, pr. Mai-Juni 12 1/2-12 1/2% bezahlte, 12 1/2% Brief, pr. Juni-Juli 12 1/2% Gld., 12% Brief, pr. Juli-Aug. 12 1/2% Gld., 12% Brief, pr. August-September 12% Gld., pr. Sept.-Okt. 12% Gld., pr. Oktober-November 13% bezahlte und Brief. Heutiger Landmarkt. Zufuhr: 2 B. Weizen, 10 B. Roggen, 2 B. Gerste, 12 B. Hafer und 6 B. Erbsen. Bezahlt wurde Weizen mit 49-72 Thlr., Roggen mit 40-48 Thlr., Gerste mit 34-39 Thlr., Erbsen mit 39-43 Thlr. pr. 25 Scheffel und Hafer mit 20-23 Thlr. pr. 26 Scheffel.

Breslau, 11. März. [Produktenmarkt.] Fester Markt bei ziemlichem Zufuhr, Weizen, Roggen und besonders Gerste in guten Qualitäten fanden zu letzten Preisen willig Nehmer. — Delsaaten gefragt, nichts angeboten. — Kleesaaten nicht stark offerirt, Begehr mäßig, wegen hoher Anforderungen noch wenig gekauft. — Spiritus höher, loco 11 1/2 Thlr. Gld., März 12 Thlr. Gld., Frühjahr 12 Thlr. bezahlte. Weizen weißer 94-90-88 85 Sgr., gelber 90-85-83-80 Sgr. — Brenner-Weizen 72-68-66-60 Sgr. Roggen 52-50-48-46 Sgr. — Gerste 48-46-44-42 Sgr. — Hafer 29-28-27-26 Sgr. — Erbsen 50-48-46-44 Sgr. — Wintererbsen 137-135-130-128 Sgr., Sommererbsen 115-113-110-108 Sgr. nach Qualität. Kleesaat, rothe, 25-24-23-22 Thlr., weiße 20-18 1/2-17 1/2 bis 16 1/2 Thlr. nach Qualität. — Thymothee 9 1/2-9-8 1/2-8 Thlr.